

Ort die Weichen korrekt gestellt werden können. Mit Annahme der Initiative würden sogar neue Ungerechtigkeiten ins Gesetz geschrieben, traditionelle Familienmodelle, andere Fremdbetreuungen als Kita werden nicht berücksichtigt und liechtensteinische Familien würden diskriminiert. Auch selbstständig erwerbende Frauen, oft im Kleingewerbe, erhalten bei Annahme der Initiative kein Mutterschaftstaggeld, sind aber verpflichtet, Beiträge einzuzahlen. Im Gegenzug dazu müssten Grenzgänger den heutigen Anteil der Taggeldversicherungsprämie für Mutterschaftstaggeld nicht mehr bezahlen, weil das Taggeld aus dem Vermögen für Familienzulagen gezogen wird. Anstatt sich darum zu kümmern, wie in erster Linie die Familien in den Genuss einer Förderung aus der FAK kommen könnten, lancierte die Wirtschaftskammer eine Initiative, welche für die Wirtschaft vorteilhaft ist. Dazu noch eine unbeschränkte Anzahl subventionierte Kita-Plätze für Familien von über 19 000 Grenzgängern, die in Liechtenstein arbeiten, die hier keine Einkommenssteuer bezahlen. Jedoch keine Unterstützung für liechtensteinische Familien, die ihr Einkommen im Nachbarstaat erarbeiten und in unserem Land wohnen und Steuern bezahlen. Nein zur Initiative, es gibt gescheitere Lösungen!

**Herbert Elkuch**

Landtagsabgeordneter  
Platte 44, Schellenberg

## Wirtschaftsinitiative vergisst Familien

Die Vorgängerregierung hat 2011 ein Moratorium (= Stillstand) beschlossen, wonach neuen Kita-Betreibern keine Subventionen mehr zugesprochen werden. Trotzdem sind neue Kita-Plätze entstanden, wie beispielsweise im Kokon, Ruggell. Diese Kita, von zwei jungen, bestens ausgebildeten Frauen in eigener Regie geführt, in gemieteten Räumen, erhält keinen Rappen vom Staat. Derweil andere Kitabetreiber 15 000 Franken pro Platz und Jahr erhalten, zum Teil dazu noch Räumlichkeiten von Gemeinden. Die Initiative ändert diesen Zustand nicht. Genau diesen Punkt greift die Präsidentin der Frauen-Union auf. Sie schreibt im Vaterland vom 6. September 2016 sinngemäss, dass wegen dem Moratorium nur einige wenige Institutionen von staatlichen Subventionen profitieren würden. Und wörtlich: «Damit es nicht weiterhin beim jahrelangen Stillstand bleibt, ist es wichtig, die Initiative anzunehmen.» Damit suggeriert die Frauen-Union, mit Annahme der Initiative wird diese bestehende Ungleichbehandlung behoben. Dies bedarf einer Richtigstellung.

Kitas, die bis heute keinen Staatsbeitrag erhalten, würden bei einer Annahme der Initiative zwar den FAK-Beitrag von 20 Franken pro Kita-Platz und Tag erhalten, aber nicht mehr. Ob diese Kitas in Zukunft ebenfalls in den Genuss von staatlichen Subventionen von rund 60 Franken pro Tag und Platz kommen werden, ist eine separate Frage, die von der Initiative nicht beantwortet wird. Wahrscheinlich im November-Landtag werden die Staatsbeiträge budgetiert, dabei werde ich einbringen, den festgelegten Staatsbeitrag für Kitas zukünftig auf alle Kitas gleichmässig zu verteilen, für alle Familien in Liechtenstein. Die Initiative ist abzulehnen, damit am richtigen